

Bistum Sitten – Bericht zur Synode aus dem deutschsprachigen Teil

Vorbemerkung

Die Bistumsleitung hat am 17. November 2021 einen Fragebogen an alle Mitarbeitenden im kirchlichen Dienst versandt und zur Teilnahme am synodalen Prozess eingeladen. Dies nachdem die Deutschschweizer Bistümer Basel, Chur und St. Gallen einen gemeinsamen synodalen Prozess gestartet haben ohne die deutschsprachigen Teile der Bistümer Lausanne, Genf, Freiburg und Sitten einzubeziehen. Wir haben betont, dass das Gelingen der Synode wesentlich von der Mitarbeit aller Seelsorgenden abhängt. *«Damit das gelingt, sind wir in der Bistumsleitung ganz wesentlich auf Sie alle angewiesen. Sie alle kennen die Menschen vor Ort, Sie haben Kontakte zu Gruppierungen und Vereinigungen und Sie haben auch Ideen, wie und welche Menschen zum Mitgehen auf dem synodalen Weg motiviert werden können.»* Der Termin für die Rückmeldung wurde auf den 15. Januar 2022 festgelegt und später auf den 15. Februar 2022, weil die Verantwortlichen in Rom den Termin für die Rückmeldung ihrerseits nach hinten verschoben haben.

Die Fragen, die wir formuliert haben, orientieren sich am römischen Vorbereitungsdokument zur Synode. Sie nehmen die in Punkt 30 dieses Dokumentes genannten zehn Themenfelder auf. Einige Rückmeldungen zeigen, dass die Fragen zu kompliziert sind und von den Gläubigen nicht verstanden wurden. Gerade deshalb ist es erfreulich, dass viele Menschen ihre Überlegungen trotzdem formuliert haben. Möglich war das auch in jenen Pfarreien und Gruppen, in denen theologisch gebildete Seelsorgende die Fragen erklärt und die Diskussionen begleitet haben.

Rückmeldungen an die Bistumsleitung haben wir von insgesamt 35 Pfarreien oder Pfarreiräten erhalten. Das entspricht in etwa der Hälfte der Pfarreien. Zehn Einzelpersonen haben sich zum Teil sehr ausführlich zu den Fragen geäußert. Zwei Fachstellen, zwei Dienststellen und eine Dekanatskonferenz haben ihre Überlegungen eingebracht. Und dann sind Rückmeldungen von verschiedenen Institutionen und Gemeinschaften eingegangen, von den an dieser Stelle namentlich nur das Kloster St. Ursula in Brig erwähnt werden soll. Berücksichtigt wurden auch die Diskussionen im Priesterrat des Bistums und am Kongress des Seelsorgerates in Raron im November 2021. Nicht unerwähnt bleiben sollen die Hinweise, die uns vom Schweizerischen Katholischen Frauenbund, von der Charismatischen Erneuerung Schweiz zugestellt wurden und ein Hinweis auf die sogenannte Frankfurter Erklärung zu Synode.

Wir, d.h. Generalvikar Richard Lehner und Madeleine Kronig als bischöfliche Delegierte für pastorale Fragen im Oberwallis, haben in einem ersten Schritt all diese Antworten gesichtet und zusammengefasst. Es verblieb ein Dokument im Umfang von knapp hundert Seiten. Schliesslich haben wir einen sechsseitigen Bericht für den deutschsprachigen Teil des Bistums Sitten erstellt, der dem Bischofsrat an seiner Sitzung vom 3. März 2022 vorgelegt und am 4. März 2022 auf Wunsch des Bischofs an einem Medientreffen in Sitten vorgestellt wurde. Schliesslich haben wir Thesen formuliert, die uns helfen sollen, die Antworten aus der Umfrage bei der Pastoral- und Personalplanung der nächsten Jahre zu berücksichtigen.

1. WEGGEFÄHRTEN

Unsere Gesellschaft ist auf dem Fundament der christlichen Werte gewachsen, die durchaus noch präsent sind. Der Beweggrund des gemeinsamen Unterwegsseins speist sich nicht allein aus dem Glauben. Gleichgesinnte und jene mit gemeinsamen Interessen (z.B. Vereine) bilden Weggefährten. Das Christsein ist nicht mit einer Statistik des Liturgiebesuches, welcher 5-10% beträgt, festzumachen. Innerkirchliche Bewegungen integrieren sich schlecht in die Pfarreien. Die Corona-Zeit hinterliess Spuren. Die liturgische Gemeinschaft hat sich reduziert. Nicht angesprochen fühlen sich jene Menschen, die nicht den kirchlichen Normen entsprechen (LGBTQ, wiederverheiratet Geschiedene). Durch die fehlende Gleichberechtigung der Geschlechter fühlen sich immer weniger Frauen angesprochen. Die Schwerpunkte der Pastoral liegen oft bei den Familien, so dass sich Singles im Schatten stehen gelassen fühlen. Es fehlen die Jugend (wiederum nur an der Liturgie gemessen), Personen mit höheren intellektuellen Ansprüchen und gut ausgebildete Theologen und Theologinnen.

Begegnungsstätten, welche die Erfahrung von Weggefährten ermöglichen, wirken motivierend und unterstützend. Es ist nach Modellen zu suchen, wo derartiges Zusammentreffen möglich ist.

2. ZUHÖREN

Die «Bringschuld» des Zuhörens hat das Bistum gegenüber allen Menschen. Wichtig ist, dass sich die Gläubigen in ehrlicher Offenheit äussern und sich nicht von einem falsch verstandenen Autoritätsdenken (Klerikalismus) hindern lassen. Traditionelle Gefässe des Zuhörens sind der Pfarrei- und Kirchenrat, Seelsorgegespräche, die Beichte, die Krankenpastoral, der Seelsorgekongress und der hier beschrittene synodale Weg. Neue Gefässe könnten Online-Umfragen, ein Anliegen-Briefkasten, ein neu strukturierter Seelsorgerat oder bewusste regelmässige Synodalversammlungen werden.

Das Festhalten an den gegebenen Strukturen wirkt wie bewusstes Weghören oder gar Diskussionsverweigerung. Prozesse der Veränderung, welche die Bistumsleitung initiiert, werden nicht von allen Mitarbeitenden mitgetragen. Manches wird boykottiert. Ein Weghören ist da gegeben, wo sich Mitarbeitende der Kritik nicht stellen und im Status quo verharren.

3. DAS WORT ERGREIFEN

Jede/r darf sich frei äussern, wobei die Gefahr besteht, nur in bestimmten Zirkeln zu arbeiten und dadurch manche Meinungen nicht zur Kenntnis zu nehmen. Die Kirche muss ihre Kritikfähigkeit erhöhen. Durch das Ausblenden der 'heissen Eisen' fühlen sich die Gläubigen in ihren Anliegen nicht ernst genommen. Ein offener Dialog kommt dadurch nicht zustande.

Im Oberwallis herrscht ein Medienmonopol, was zur Folge hat, dass die Berichterstattung durch die Tageszeitung aufgrund der Suche nach negativen Schlagzeilen zur Effekthascherei verkommt. Dieser Tatbestand zeigt auf, dass die Kirche ihre Medienarbeit überdenken muss. Anzustreben ist die Etablierung oder das Bedienen anderer Kanäle, damit auch «Good News» eine Chance haben an eine breitere Öffentlichkeit zu gelangen.

Die Meinungen wer im Namen der christlichen Gemeinschaft sprechen darf, driften weit auseinander. Auf der einen Seite gestehen die Gläubigen dies allen Christen und Christinnen zu,

auf der anderen Seite nur den kirchlichen Amtsträgern. Die Argumentation wirkt oft dogmatisch, die Kirche muss lernen ihre Anliegen pädagogisch-psychologisch an den Mann / die Frau zu bringen. Die Kirche braucht ein Update ihrer Sprache ins Heute.

4. FEIERN

Die Liturgie wird als weit weg vom Alltagsgeschehen erfahren. In den Feiern mangelt es an einer theologischen Stellungnahme auf aktuelle Themen, welche die Gesellschaft beschäftigen. Die Liturgie leidet an einer Unverständlichkeit ihrer Sprache. Es ist eine Konzentration auf die Feier der Eucharistie gegeben. Die Gläubigen vermissen eine Vielfalt an liturgischen Formen, die ihnen evtl. einen verständlicheren Zugang zu der Liturgie und Interaktionen ermöglicht. Die aktive Beteiligung in den unterschiedlichen Diensten ist allgemein bekannt und wird ausgeübt.

Was gemeinsam gefeiert wird, bedarf auch einer gemeinsamen adressatenorientierten Vorbereitung. Dies gepaart mit dem Wunsch eines Diskussionsforums nach dem Gottesdienst mit der Kommentierung der Predigt. Erst so wird das Feiern sichtbar, verständlich und nachvollziehbar.

5. MITVERANTWORTUNG IN DER SENDUNG

Es ist Aufgabe jener Eltern, die ihre Kinder taufen lassen, den Grundstein zu einem christlichen Leben und deren Werte zu legen. So wächst das Verständnis für ein Engagement in der Öffentlichkeit. Manche Eltern sind mit der Glaubensweitergabe überfordert. Es braucht Gefässe für Erfahrungsaustausch und Diskussion diesbezüglich.

Trotz der Tendenz der Individualisierung in der Gesellschaft gibt es viel diakonisches Engagement. Die Menschen, die sich in den Dienst der Gesellschaft stellen, erfahren auf der einen Seite Dank für die übernommene Aufgaben, auf der anderen Seite stehen sie im Rampenlicht der Kritik. Die Getauften sind bereit, derartiges Engagement auch finanziell zu unterstützen, verlangen jedoch als Orientierungshilfe auch öffentliche Stellungnahmen der Kirche zu einzelnen Themen. Die Motivation, sich öffentlich zu engagieren ist im Sinken begriffen.

Was das Festhalten an Traditionen betrifft, öffnet sich die Schere der Traditionalisten und der Liberalen immer weiter. An Traditionen wird um der Tradition willen festgehalten. Oft fehlt jegliches Verständnis, welcher Glaubensinhalt damit verbunden wird.

Es besteht ein Konsens, dass die fehlende Gleichberechtigung der Geschlechter und das Festhalten an patriarchalen Strukturen längst hinfällig sind. Die Mehrheit der Rückmeldungen spricht sich für die Zulassung der Frauen zum Amtspriestertum aus. Ebenso wird die Verpflichtung zum zölibatären Lebensstil des Priesters in Frage gestellt. Es muss neu überlegt werden, wie alle Getauften sich in Entscheidungsprozesse einbringen können.

6. IN DER KIRCHE UND IN DER GESELLSCHAFT DIALOG FÜHREN

Die hierarchische Struktur der Kirche und die damit verbundene Rolle des Priesters verhindert einen Dialog auf Augenhöhe. Mit der Bistumsleitung wird der Dialog nur geführt, wenn irgendwo Probleme auftreten. Der direkte Dialog zu den Gläubigen findet nur sporadisch durch

den Bischof und den Generalvikar anlässlich der Firmungen und Pastoralbesuche statt. Diese Besuche und den Austausch schätzen die Gläubigen sehr. An den Pastoralbesuchen stellen die involvierten Gremien die Realität in einem zu guten Lichte dar und wagen unter Umständen nicht, die wahren Probleme anzusprechen. Da wäre zwischen Bistumsleitung und den Pfarreien/Regionen mehr Transparenz förderlich, um notwendige Änderungen in die Wege zu leiten.

Es fehlt eine Konfliktkultur. Zu oft werden Fragen/Anliegen mit dem Kirchengesetz abgewürgt, was keine gepflegte Kommunikation zur Folge hat.

Laut Ansicht der Gläubigen nagen die Skandale und Krisen in der Kirche an ihrer Glaubwürdigkeit und sind zum Teil auf systemische Ursachen zurückzuführen, was die Kirchenleitung nicht unbedingt anerkennt.

Das Bistum arbeitet in verschiedenen Gremien und Kommissionen mit anderen Bistümern zusammen, was der Basis einerseits nicht unbedingt bekannt ist, auf der anderen Seite zur Befürchtung einer zu starken Orientierung an andere Bistümer Anlass gibt.

Der Dialog mit der Politik beschränkt sich auf Fragen, die direkt Auswirkungen auf die Kirche haben, z.B. Schulmessen, Religionsunterricht. Ein Dialog über gesellschaftspolitische Themen findet nicht statt, die Meinung der Kirche ist nicht gefragt.

Papst Franziskus wird wahrgenommen als jemand, der gesellschaftspolitische Themen einbringt. Gleichzeitig fehlt es an der Umsetzung. Die Kirche zieht sich zu oft in die Sakristei zurück, als dass sie ein offensives Engagement, z.B. in der Flüchtlings- und Asylpolitik oder bei anderen politischen Debatten an den Tag legt.

Der Sprachjargon der Kirche wird einmal mehr zum Thema. Bischöflichen Dokumenten fehlt eine alltagstaugliche Sprache und sind oft wenig verständlich.

7. MIT DEN ANDEREN CHRISTLICHEN KONFESSIONEN

Es gibt ein friedliches Nebeneinander der christlichen Konfessionen. Der Weltgebetstag und die Einheitswoche der Christen sind Anlässe, die auf die Ökumene hinweisen. Die Gläubigen verstehen nicht, dass das Patenamts nur den Katholiken/Katholikinnen vorbehalten ist.

Im Rahmen des Religionsunterrichtes gibt es die Offenheit, auch andere Konfessionen und Religionen am Unterricht teilhaben zu lassen. In der Ökumene findet eine gute Zusammenarbeit in der Spitalseelsorge statt. Auch Partnerschaften sind bisweilen gemischt-konfessionell. Das religiöse Wissen um die unterschiedlichen theologischen Standpunkte in den Konfessionen ist vage geworden. Demzufolge wünschen die Gläubigen eine gegenseitige Gastfreundschaft und/oder ebenso eine Grundsatzdiskussion über die Eucharistiefeier. Es soll das Verbindende hervorgehoben werden, nicht das Trennende.

Die Zusammenarbeit mit den Freikirchen wird mit ihrer teilweise fundamentalistischen Bibelauslegung als eher schwierig betrachtet. Bestehende Orden und neue Bewegungen müssen sich gegenseitig öffnen.

8. AUTORITÄT UND TEILNAHME

Es wird festgestellt, dass oft Ziele fehlen. Das hat zur Folge, dass pastorale Pläne nicht wahrgenommen werden. Die Ausübung der Autorität ist abhängig vom Amtsverständnis der

Pfarrherren und gestaltet sich bisweilen schwierig. Dies ist ebenso auf das Strukturproblem zurückzuführen. Letzt-Entscheidungen liegen allein bei den geweihten Amtsträgern. Mitarbeitergespräche fehlen. Die Spitalseelsorgenden wünschen sich mehr Kompetenz bei der Begleitung der Patienten und Patientinnen (Krankensalbung).

Die Basis möchte in Entscheidungsprozesse was die Bischofswahl, die Pfarrwahl und die Wahl weiterer kirchlichen Obrigkeiten angeht einbezogen werden. Laien sollen mitgestalten dürfen. Das Volk wünscht sich Entscheidungsstrukturen, bei der sich alle Getauften (nicht nur Geweihte) beteiligen können. Erste Gehversuche sind durch 'üfbrächu' und diese Synode gegeben. Es braucht den Einsatz von mehr Laien. Es ist darauf hinzuarbeiten, dass auch Nicht-Geweihte einflussreiche Positionen bekleiden können.

Die Pfarreien pflegen ein Gartenzaun-Denken, auch wenn sie eine Region mit einem Seelsorgeteam bilden. Es ist zu diskutieren, ob die Auflösung bestehender Pfarreistrukturen nicht angegangen werden muss, wie dies z.B. bei Pfarreien in der Seelsorgeregion Obergoms geschehen ist. Wie kann sich die Kirche Oberwallis gegenseitig annähern?

9. UNTERSCHIEDEN UND ENTSCHEIDEN

Die Pfarreiräte drehen sich im Kreis der Themen. Es stellt sich die Frage der ignatianischen Spiritualität. Die Glaubwürdigkeit der Kirche liegt aufgrund der Missbrauchsfälle und der ungerechten Strukturen im Argen. Das Volk stellt sich die Frage, welchen Einfluss die Antworten auf diese Fragen für den Veränderungsprozess der Kirche überhaupt haben. Es steht die Befürchtung im Raum, dass einmal mehr viel geredet und wenig umgesetzt wird.

Es sind Methoden für Meinungsumfragen zu etablieren. Erwartet wird ebenso ein Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Seelsorgeteams.

Die Gläubigen haben sich zu fragen, wie sie ihre alltäglichen Entscheidungen im Leben treffen, dass sie mit den christlichen Werten kompatibel sind.

10. SICH IN DER SYNODALITÄT BILDEN

Die Pfarreiangehörigen sind es sich nicht gewohnt, sich einzubringen, da sie zu Konsumenten und Konsumentinnen erzogen wurden. Die Kirche hat als Dienstleistungsbetrieb zu funktionieren, bei der jede/r das beanspruchen darf, was er im Moment braucht. Die Fähigkeit, sich in den synodalen Prozess einzubringen setzt einen erwachsenen Glauben und ein Interesse an gesellschaftlichen Fragen voraus. Die Getauften nehmen das Kirchenrecht als starr und wenig anpassungsfähig wahr und befürchten, dass sich dadurch das Gesicht der Kirche nicht verändern und in der Synodalität bilden kann. Der Umgang mit Autoritäten ist teilweise durch Angst geprägt. Hier ist gegenseitiger Respekt notwendig. Wenn sich die Glaubensgemeinschaft durch verschiedene Charismen zusammensetzt, ist festzustellen, dass mit der Weihe nicht automatisch das Charisma der klugen Führung übertragen wird. Die Teilnahme der Laien ist unbedingbar. Die Arbeit der Laien bedarf der Wertschätzung. Die Lehre der Kirche ist zeitgemäss an den Mann, die Frau, die Jugendlichen und das Kind zu bringen. Die Bischöfe sind gebeten, das Kirchenrecht bis an seine Grenzen auszuschöpfen und sich für dessen Änderung einzusetzen.

Entscheidend für die Synodalität ist der gelingende Dialog. Eine Pfarrei beruft sich auf den Dialogforscher William Isaachs, der sagt: «Dialog ist die Kunst, gemeinsam zu denken». Er beinhaltet das Zuhören, den gegenseitigen Respekt, das Innehalten und das evtl. Ablegen eigener Haltungen und das sich Mitteilen in authentischer Sprache.

Sitten, 3. März 2022

Richard Lehner, Generalvikar

Madeleine Kronig, bischöfliche Delegierte für pastorale Fragen